

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise: Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5009. Postscheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 138 A BERLIN • Mittwoch, den 15. Juni 1932 1 JAHRGANG

Einheitsfront-Aktion beginnt!

Zeichnet Euch ein! Sammelt Unterschriften! Werbt für die Einheit!
Not-Verordnung der Papen-Regierung.

W—er. Der Vorschlag, die Einheitsfront des deutschen Proletariats entscheidend vorzubereiten durch die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten für die Reichstagswahl, den wir in Nr. 132 des „Funken“ ausführlich begründet haben, ist, wie erwartet, in weiten Kreisen der Faschistengegner auf Zustimmung gestoßen. Wir waren bereits am nächsten Tage in der Lage, die sehr erfreuliche und wie uns scheint typische Stellungnahme der Angestellten-Funktionäre eines der größten Berliner Betriebe, der Berliner Elektrizitätswerke (Bewag) mitzutellen, die sich geschlossen, und zwar zusammen mit ihrem freigewerkschaftlichen Organisationsvertreter für die Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks aussprachen, wie die hier noch einmal folgende Resolution zeigt:

„Die heute im Hackeschen Hof versammelten freigewerkschaftlichen Bewag-Funktionäre beauftragen die anwesenden Gewerkschaftsvertreter vom ZdA, Butab, Werkmeisterverband und Gesamtverband, die Spitzenverbände umgehend zu veranlassen, eine Plattform auszuarbeiten für die Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks SPD-KPD, bzw. Listenverbindung. Tausende Funktionäre und Millionen Arbeiter und Angestellten erwarten in den Stunden höchster Gefahr für den Fortbestand der Arbeiterbewegung nach jahrelangen Fehlern auf allen Seiten — endlich Besinnung! Schafft die Begeisterungswelle, auf die Zehntausende von Funktionären warten, um mit unwiderstehlicher Kühnheit den gemeinsamen Feind der Arbeiterbewegung, den Faschismus, für immer zu schlagen! Diese Entschließung ist auch dem Vorstand der SPD und dem ZK der KPD zuzuleiten.“

Inzwischen sind ähnliche Kundgebungen, wenn auch kleineren Charakters, erfolgt, über die wir in einigen Fällen bereits berichtet haben.

Bei allen Freunden der Einheitsfront ist die seit längerer Zeit vordringlichste Frage: Wie kommen wir über die Äußerung frommer Wünsche und gelegentlicher Äußerungen zu Gunsten der Einheitsfront hinaus

zu einem wirksamen Vorstoß in der Richtung auf die Sammlung des Proletariats?

Die bisher in dieser Richtung unternommenen Schritte teilen sich grundsätzlich in zwei Gruppen, in den Appell an die Freiwilligkeit der führenden Genossen der verschiedenen Arbeiterorganisationen und in den Versuch, durch organisierten Druck auf diese Spitzen deren Widerstand gegen die Einheitsfront, der alle möglichen berechtigten und unberechtigten Gründe hat, zu brechen.

Es liegt auf der Hand, daß bei der heute nun einmal vorhandenen tiefgreifenden Zersplitterung und vor allem auch Verhetzung der proletarischen Organisationen jede Aktion, die von einer dieser Gruppen ausgeht, als der Versuch gedeutet wird, aus dem vorhandenen Chaos der Arbeiterbewegung auf eine mehr oder weniger unsaubere Art Kapital für die eigene Gruppe zu schlagen, — wie man im politischen Jargon sagt, am Feuer der anderen sein eigenes Parteilüppchen zu kochen. Aus diesem Grunde sind viele gutgemeinte Versuche von Kartellbildungen, Komitees und ähnlichen engeren und weiteren organisatorischen Föderationen ziemlich unfruchtbar geblieben — wenigstens in Hinsicht auf das große Ziel der Einheitsfront.

Wir haben heute einen prinzipiell anders gearteten Vorschlag zu unterbreiten:

Wir schlagen die Einleitung einer Art von Volksbegehren vor, das sich an den ADGB richtet.

Um jedes Mißverständnis hier auszuschalten, wollen wir betonen, daß es uns nicht darauf ankommt, die Existenz politischer Parteien überflüssig zu machen durch eine Politisierung der Gewerkschaften. Beide Gruppen von Arbeiterorganisationen, die Parteien und die Gewerkschaften, haben ihre besonderen Aufgaben. Die besondere Wichtigkeit der Gewerkschaften für antifaschistische Aktionen folgt aus der Tatsache, daß der Faschismus die Gewerkschaften mit Vernichtung bedroht, und daß die politischen Parteien bei einem Zustand angelangt sind, wo sie ein politisches Machtinstrument der Arbeiterschaft nur noch dem Namen nach sind. Die freien Gewerkschaften sind gerade infolge ihrer gut ausgebauten Organisation und ihrer verhältnismäßig gut erhaltenen Einheit die Stelle, die durch ihre Eigenart und ihre Größe vor dem Verdacht geschützt ist, andere Organisationen als bloßes Werbemittel zu benutzen.

Papens Spiel mit dem Feuer.

Wa—lz. Ueber die Berliner Besprechungen mit den süddeutschen Ministerpräsidenten liegen jetzt die Äußerungen der bayerischen Presse, die dem Ministerpräsidenten HELD nahesteht, vor.

„Bayerische Staatszeitung“:

Sachlich sei festzustellen, daß von einer fühlbaren Entspannung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern schwerlich die Rede sein könne. . . . daß die süddeutschen Regierungen, insbesondere Bayern, für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnen und insbesondere nicht die geringste Verantwortung übernehmen für gewisse Maßnahmen in derselben, deren Durchführung ihnen nur mittels Gewalt möglich erscheint.

„Regensburger Anzeiger“:

... daß die politische Aussprache . . . stellenweise in sehr temperamentsvoller Form geführt worden sei . . . Es habe sich deutlich die Geschlossenheit der Länder gegenüber der Reichsregierung gezeigt. . . . Die in allen Fragen (Reich und Länder; Finanz- und Wirtschaftsfragen; SA-Verbot) von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen hätten, wie ausdrücklich festgestellt werden müsse, keineswegs die Befürchtungen der Mehrzahl der Länder zu zerstreuen vermocht.

„Bayerischer Kurier“:

Völlig ergebnislos sei die Aussprache über die Aufhebung des SA- und SS-Verbots verlaufen. Die Reichsregierung glaube, ein Wiedererstehen dieser Organisationen werde zur allgemeinen Beruhigung beitragen. Es sollte ermöglicht werden, die Jugend zu nichtmilitärischen Zwecken zur körperlichen Ertüchtigung und Schulung zusammen zu fassen. Man denke also offenbar an eine Verwirklichung der Pläne des früheren Reichsinnenministers GROENER. Davon versprechen sich die Ministerpräsidenten Süddeutschlands nichts. Ob und welche Folgerungen sich aus der Aufhebung des SA-Verbots für Süddeutschland ergäben, hänge von dem Wortlaut der neuen Notverordnung und ihrer Auslegung ab. Unter Umständen wäre es denkbar, daß die süddeutschen Regierungen mit eigenen Verordnungen eingriffen.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“: Der Reichskanzler VON PAPAN werde die Aufgabe, die er sich gestellt habe, nicht lösen können, wenn er seine eigentlichen Gegenspieler, die die Existenz dieser Regierung als vollkommenes Fiasko sehen wollen, nicht besser durchschauen lerne. Die andere Sorge sei, daß diese Regierung bereits so viel von ihrer inneren Freiheit verkauft habe, und bereits in eine so starke Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Seite hineingeraten sei, daß sie zu einem klaren Sehen überhaupt nicht mehr befähigt sei.

Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine hat in einem Telegramm, daß er an den in Berlin anwesenden bayerischen Ministerpräsidenten HELD geschickt hat, gegen die Aufhebung des SA-Verbots protestiert. Er weist darauf hin, daß „Terror- und Gewaltakte zu befürchten sind,

AUS DEM INHALT:

- Die Wichtigkeit der ADGB-Initiative.
- Internationale Verständigung.
- Tierhandel und Tierschinderei.
- Chinesische Kommunisten klagen an.
- Das Krisenprogramm des französischen Gewerkschaftsbundes.

die unmittelbar zum Bürgerkrieg führen. Er bittet den Herrn Ministerpräsidenten, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß das Verbot bestehen bleibt.

Andernfalls wäre der Verband genötigt, auch seinerseits Abwehrorganisationen mit aller Energie zu betreiben.“

Wenn irgend etwas geeignet ist, den gefährlichen Charakter der PAPAN-Regierung zu kennzeichnen, dann ist es das Verhalten der süddeutschen Länder. Die von uns zitierten Zeitungen sind durch die Bank weit davon entfernt, links oder gar „bolschewistisch“ versucht zu sein. Sie sind einfach von der Sorge erfüllt, daß Herr VON PAPANs Werk den sowieso nicht mehr sehr widerstandsfähigen Porzellanladen des Deutschen Reiches gänzlich in Trümmer hauen könnte. Wir glauben das auch — und wir glauben auch, daß die Welt Wertvolleres zu verlieren hätte und schon verloren hat als diese nationale Firma. Aber es geht nicht nur darum! Herrn VON PAPANs Aktionen ruinieren auch die Arbeiterschaft — sogar wörtlich verstanden: denn die Aufhebung des SA- und SS-Verbot ist nun wohl nur noch eine Frage von Tagen. Und wenn die nationalen Leute aus Bayern sich das Verbot für ihre Länder überlegen, dann kann man ermesen, was die Arbeiterschaft von der Aufhebung des Verbots außerhalb dieser Länder zu erwarten hat: Der Exerzierplatz für die Geländespiele dieser Horden ist die Straße. Der „Feind“ ist die Arbeiterschaft.

Herrn VON PAPAN muß gesagt werden, daß er mit dem Feuer spielt, und zwar mit dem Feuer des Bürgerkrieges! Wer dies weiß und die Spielerei nicht unterläßt, der muß sich gefallen lassen, wenn man ihm zutraut, er wolle den Bürgerkrieg.

Selbstverständlich sind wir nicht dazu da, Herrn VON PAPAN zu belehren. Unsere Warnung gilt der Arbeiterschaft. Sie gilt ihm in verschärftem Maße: Laßt Euch nicht provozieren durch die bald wieder „befreiten“ SA-Leute! Liefert der PAPAN-Regierung keinen äußeren Anlaß zur Verhängung des Belagerungszustandes! Fördert, solange wir das noch können, alle Bestrebungen zur Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterschaft. Nur diese Einheitsaktion bereitet den Schlag vor gegen PAPAN und seine Hintermänner.

Ein weiteres Mißverständnis schleicht sich ein bei Menschen, die meinen, die von uns geplante Einheitsfront solle sich auf die Beseitigung der Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen erstrecken.

Das bezwecken wir selbstverständlich keineswegs: Wir wissen, daß die alten Streitfragen über Demokratie und Diktatur, über Revolution und Evolution, Reformismus und Revisionismus, Materialismus und Idealismus nicht durch gemeinsame Wahllisten gelöst oder gar gegenstandslos gemacht werden können. Aber wir wissen auch, und deshalb fordern wir die gemeinsamen Wahllisten und andere einheitliche Aktionen der Arbeiterschaft, daß bei dem Verharren der Arbeiterbewegung vernichtet und damit auch die erwähnten Auseinandersetzungen unmöglich gemacht werden wird. Es geht also um die Erhaltung der Grundlagen der Arbeiterbewegung: um

das Recht zu leben. Solange dies gefährdet ist, braucht man sich um das Recht und die Pflicht zur Diskussion nicht zu bemühen.

Wenn das Recht zu leben gesichert ist, sind wir die letzten, die die Auseinandersetzungen über Prinzipien scheuen. Daß die Aufstellung gemeinsamer Listen gewisse technische Schwierigkeiten mit sich bringt, ist klar, doch sind diese Schwierigkeiten im Vergleich mit denen, die aus der politischen Verrathheit der Parteiführungen entspringen, geradezu unerheblich. Man könnte für die Beteiligung der einzelnen Organisationen auf den Wahlvorschlägen sicher leicht ein Schema finden, das die Ansprüche der einzelnen Parteien in bezug auf Zahl und Reihenfolge der Kandidaten auf den Wahllisten gerecht befriedigt. Man könnte etwa als Maßstab die Stimmenverteilung der letzten Wahl vor dem 31. Juli nehmen und darüber hinaus als Spitzenkandidaten

Die Wichtigkeit der ADGB-Initiative.

immer einen Kandidaten der Partei aufstellen, die bei der in Frage kommenden Wahl die größere Stimmenzahl in dem betreffenden Bezirk bekommen hat. Sollten unbillige Härten dadurch entstehen, daß zufällig eine Partei in vielen Fällen immer gerade die Mehrheit hat, wenn diese auch nur verschwindend gering ist, so ließe sich bei einigermaßen gutem Willen leicht eine gütliche Regelung finden. Selbstverständlich kommt es zur Bereinigung der gesamten Situation darauf an, daß auf der gleichen Liste vielleicht sogar unmittelbar hinter einander nicht zwei Politiker stehen, die bisher gegen einander besonders aggressiv vorgegangen sind. Ähnliche Erwägungen gelten für den Wahlkampf. Aber all dies sind, wie gesagt, Fragen, an denen unter verhältnismäßig vernünftigen Menschen nicht eine so wichtige Sache wie die Herbeiführung der proletarischen Einheitsfront scheitern dürfte.

Wie uns scheint, würde es eine Erleichterung für die verantwortlichen Führer bedeuten, für ein gemeinsames Vorgehen bei der Reichstagswahl sich auch ausdrücklich der Zustimmung der beteiligten Kreise versichert zu haben. Es wäre unserer Meinung nach der beste Weg, wenn in allen Arbeiterorganisationen eine Urabstimmung erfolgte — nicht etwa deshalb, um zu erfahren, ob der Weg der Einheitsfront der beste ist. Dies Urteil steht fest, auch ohne alle Mehrheitsbeschlüsse. Da aber der Weg der Einheitsfront von vielen deswegen nicht beschränkt wird, weil man meint, daß immer „der andere“ ihn gar nicht wolle, deshalb ist es nötig, einmal unter Beweis zu stellen, daß diese Annahme eine Täuschung ist.

Wir können nicht erzwingen, daß die in Frage kommenden Organisationen diese Urabstimmung vornehmen; wenn sie es auf unseren guten Rat hin täten, würde uns das freuen. Da sie es vorzuziehen nicht so schnell tun werden, haben wir uns entschlossen, an die Initiative jedes einzelnen und an seine Verantwortung zu appellieren und ihn zu nötigen, Farbe zu bekennen der Frage gegenüber: Willst du die Einheitsfront oder willst du sie nicht?

Wir drucken an anderer Stelle dieses Blattes ein Listenformular ab und fordern alle Antifaschisten auf, nach dem Muster dieses Formulars sich selber Listen herzustellen oder — wenn das zu umständlich ist — solche Listen bei uns anzufordern. Wir bitten die Genossen und Kollegen und Gesinnungsfreunde, mit diesen Listen von Mann zu Mann zu gehen und jeden zu bitten, sein Einverständnis zur Bildung der Einheitsfront durch seine Unterschrift zu dokumentieren.

Die gesammelten Unterschriften bitten wir an die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften, zu Händen des ADGB, Berlin S 14, Inselstr. 6, einzusenden, und zwar, damit ein gleichmäßiger Abschluß dieser Aktion vorgenommen werden kann, spätestens am Dienstag, dem 28. Juni.

Warum an den ADGB senden? Damit niemand auf den Gedanken kommen kann, hier handle es sich um eine Aktion einer Gruppe oder Partei, die politische Geschäfte machen möchte dadurch, daß sie sich als Sammelstelle ausgibt und dadurch bekannt wird, oder dadurch, daß sie auf diese Weise eine Adressenliste politisch interessierter Menschen zustande brächte, oder welche anderen Möglichkeiten für politische Geschäftemacher sich hierbei sonst noch ergeben könnten.

Wir fordern alle Organisationen der Arbeiterschaft, insbesondere die Presse und alle antifaschistisch orientierten Menschen auf, diese Aktion mitzumachen, sei es durch Sammeln von Unterschriften, sei es Veröffentlichung einer Sammeliste, sei es durch eigene Aufrufe, sei es durch Einrichtung von Meldestellen für die Einzeichnung, sei es durch Ausgabe weiterer Listen, kostenlose Herstellung und Verbreitung von Flugblättern in diesem Sinn oder durch Maßnahmen noch anderer Art.

Niemand soll sich bei dieser Aktion bevorzugt oder benachteiligt fühlen; wir haben deshalb vermieden, auf irgend eine Weise den Streit über das Recht der Erstgeburt für diese Idee aufzurollen; wir haben deshalb auch vermieden, die Listen mit irgend einer besonderen Unterschrift zu versehen. Die Unterschrift, die eigentlich darunter stehen müßte, würde richtig lauten: Die gesamte Arbeiterschaft. Sorgen wir alle dafür, daß dieses Wollen, dessen wahre Interessen durch seine Führer nicht berücksichtigt worden sind, auf diese Weise selber einen Anstoß liefert zur Beachtung wenigstens seiner lebenswichtigen Bedürfnisse.

Hk. THÄLMANN hat im hessischen Wahlkampf eine Rede gehalten in Darmstadt. Was sagte er über die Frage der Einheitsfront, die über Tod und Leben der deutschen Arbeiterbewegung heute entscheidende Frage? Die meisten Arbeiter werden mit dieser Frage in die THÄLMANN-Versammlung gegangen sein.

THÄLMANN ging von der richtigen Feststellung aus: „Wenn wir nicht dem Totengräber Kapitalismus die Hacke aus der Hand schlagen und den Faschisten ihre Waffen aus den Händen, so stehen wir 100 m vor dem Friedhof.“

Aber was er dann positiv zur Einheitsfront zu sagen hatte, bewies, daß ihm diese Erkenntnis der Gefahr nicht unter die Haut gedrungen ist.

„Wir erneuern heute mit heiligem Ernst unser Einheitsfrontangebot an die SPD- und an die ADGB-, an die christlichen Arbeiter und deren untere Organisationen.“

Und gleich anschließend ging es über „SPD-STAMPFER“ hin, der „zur Ablenkung von dem SPD-Verrat in Hamburg von einer Einheitsfront mit kommunistischen und sozialdemokratischen Führern gefaselt“ habe. „Mit SEVERING, ZÖRIGEL und HILFERDING kann niemals eine Einheitsfront zustande kommen.“ Vom „Sozialfaschismus“ ist THÄLMANN also inzwischen durch die klatschenden Ohrfeigen der jüngsten Wahlergebnisse abgekommen bis zum Angebot der Einheitsfront mit den „unteren“ Organisationen. Vorläufig „faselt“ er noch von der Unmöglichkeit der Einheitsfront mit den „oberen“. Auch die Einsicht in diese Möglichkeit wird ihm von den Tatsachen vielleicht noch in das widerstrebende Gehirn hineingeschlagen werden — aber wir haben keine Zeit, darauf zu warten. Wir müssen die Einheitsfront gegen solche langsam begreifenden Führer durchsetzen!

Was hat STAMPFER in Hamburg Schlimmes gesagt? Wir halten uns hier an den Bericht der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, die den Anspruch erhebt, gegenüber dem „bezeichnender Weise außerordentlich abgeschwächten Bericht“ der Hamburger SPD-Zeitung den genauen Wortlaut einiger wichtiger Stellen der STAMPFERSCHEN Rede wiederzugeben. Hiernach hat er gesagt:

„... Ein Zusammengehen kann nur von oben her, nur wenn Bestrebungen von Partei zu Partei angebahnt werden, erreicht werden. Das kann nur geschehen, wenn man allen Haß beiseite läßt und über die notwendigen Aktionen der Arbeiterschaft verhandelt. Eine Annäherung kann nur durch die KPD geschehen. Wenn die Kommunisten den Wunsch haben, mit uns zu verhandeln und keinen Schwindel zu treiben, werden wir uns keinen Augenblick sträuben. Ich selber würde diese Tatsache, ohne daß sich der Parteivorstand an meine Ausführungen zu binden braucht, begrüßen.“

Aber wir werden den Kommunisten drei Fragen vorlegen, die sie uns vorher beantworten müssen.

Diese lauten:

1. Sind die Kommunisten bereit, auf alle Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie zu verzichten?
2. Sind die Kommunisten bereit, in den Parlamenten endlich darauf zu verzichten, gemeinsame Sache mit den Nazis zu machen?
3. Wollen die Kommunisten endlich aufhören mit dem aberwitzigen Gerede vom Generalstreik, mit dem man alles machen kann?

Wir sagen nicht, daß wir gegen den Generalstreik sind; aber wir werden mit dem Mittel des Generalstreiks tun, was die Situation erfordert und wenn nichts anderes übrigbleibt, ohne monatelanges Geschwätz vorher. Wenn die Arbeiter unter kommunistischer Führung in einen Generalstreik hineinschludern, dann sind die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter aus den Betrieben und die Nazis und Gelben sind drinnen. Generalstreik ist das vorletzte Mittel des Klassenkampfes.“

Hiernach hat STAMPFER jedenfalls nichts gesagt, was THÄLMANN'S Verdächtigungen gegen ihn rechtfertigte, geschweige das wütende Geschimpfe rechtfertigen könnte, das die „Hamburger Volkszeitung“ an den Bericht anschließt.

Eine besondere Rolle in der Abfertigung, die die „Hamburger Volkszeitung“ STAMPFER zuteil werden läßt, spielt noch dessen Vorschlag: die KPD solle die Initiative zur Annäherung ergreifen.

Solche Erfahrungen zeigen uns,

welchen Dienst der ADGB der Einheitsfront leisten könnte.

Der ganze Streit darüber, welche der beiden Parteien vorangehen sollte, kann durch die Initiative des ADGB gegenstandslos gemacht werden.

Und noch etwas zeigt die Diskussion STAMPFER-THÄLMANN: sie zeigt, wie etwa der Wahlkampf zwischen den Arbeiterparteien verlaufen wird, wenn nicht ein enges Wahlbündnis gegen die NS zustande kommt. Diese Erfahrung sollten die Genossen beachten, die uns vorwerfen: der von uns geforderte Schritt eines Wahlbündnisses verlange zuviel; man müsse weniger verlangen, etwa gemeinsamen Saalschutz aller Arbeiterparteien für ihre Versammlungen. Wie wird der funktionieren, wenn etwa in einer kommunistischen Wahlversammlung der Redner spricht wie THÄLMANN in Darmstadt oder gar wie der Artikelschreiber der „Hamburger Volkszeitung“ und den zum Schutz des Saales erschienenen sozialdemokratischen Arbeitern zumutet, derartige Beschimpfungen ihrer Führer anzuhören! Und mag der von uns geforderte Schritt klein oder groß sein: es kommt nicht darauf an heute, einen kleinen Schritt zur Einheitsfront zu tun, sondern einen kühnen und energischen!

Sonderbündelei statt Verständigung.

ei Genf, 15. Juni.

Die deutsche Abordnung auf der Abrüstungskonferenz hat am Montag einigen Abordnungen, mit denen sie in engerer Fühlungnahme steht, darunter der italienischen Abordnung, eine kurze Denkschrift überreicht, in der auf fünf Seiten der grundsätzliche deutsche Standpunkt zu der Frage der qualitativen Abrüstung, wie er in den verschiedenen technischen Ausschüssen zum Ausdruck gekommen ist, dargelegt wird. Die Denkschrift stellt keine offizielle Note dar, sondern bedeutet lediglich eine Zusammenfassung der bisher von Deutschland vertretenen Auffassungen, nach der die qualitative Abrüstung in der gleichen Weise durchgeführt werden muß, wie sie von Deutschland nach den Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages durchgeführt wurde.

Es wäre wichtig, zu wissen, mit welcher Delegation neben der italienischen die deutschen Vertreter „in engerer Fühlungnahme“ stehen. Daß die französische darunter ist, nehmen wir nicht an, weil es sonst wohl vermerkt worden wäre. Aber gerade dies ist es, mit der Deutschland in engere Fühlungnahme kommen müßte. Solange

überall der Charakter der Fraktionsarbeit und Geheimpolitik bestehen bleibt, solange bleiben Sonderbündnisse oder -bündeleien an der Tagesordnung. Diese aber bedeuten den Tod jeder Verständigung, ja schon jeder Ehrlichkeit den anderen Teilnehmern einer allgemeinen Konferenz gegenüber.

Die Stillhaltegläubiger Deutschlands veranstalten gemeinsam mit ihren deutschen Schuldnern am 1. Juli in London eine Konferenz. Wie „Financial News“ meldet, wird diese Konferenz die erste der vierteljährlichen Zusammenkünfte sein, die im Stillhalteabkommen beschlossen worden sind.

Der ehemalige König Alfons von Spanien hatte kürzlich in Marseille von einem Arbeiter eine Ohrfeige bekommen, weil er in seinem Land großes Unheil angerichtet habe. Für diesen symbolischen Akt, der in seiner Begründung einer gewissen Berechtigung nicht entbehrt, wurde der Arbeiter zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Ohrfeige an einem Arbeitskollegen wäre vermutlich nicht so hart geahndet worden. — Aber Könige sind wohl etwas besonders Wichtiges, auch wenn ihre Tätigkeit nur darin besteht, Arbeiter durch ihre kostspieligen Bummelfahrten zu provozieren.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben

THEODOR PLIVIER

Copyright by Malik-Verlag 1932

Ludendorff folgt den vorgebrachten Bedenken mit größer werdender Besorgnis. Er hat den vom Kabinett als Grundlage für die Besprechung aufgestellten Fragebogen in der Hand, er legt ihn auf den Tisch zurück und schiebt ihn unruhig hin und her. — Jawohl, Seine Exzellenz, der Generalquartiermeister, der Kabinette gestürzt und nach der Diktatur getrachtet hat, der für die Zeit nach Beendigung des „slogreichen Krieges“ ein bevölkerungspolitisches Programm hat fertigstellen lassen, nach welchem Reichs- und Heeresleitung das Familienleben, die Fruchtbarkeit der Ehen, Erziehung, Gesundheitspflege und Wohnungsreform zu überwachen, den Kampf gegen Einschränkung der Kinderzahl, gegen Tripper und Syphilis, gegen Eheschau und vorehelichen Geschlechtsverkehr, gegen den Geschlechtsverkehr mit antikonzeptionellen Mitteln, gegen Kinobesuch, Tabak- und Alkoholgenuß Jugendlicher zu organisieren haben: ein militärpolitisches Programm, das mit Prämien für stillende Mütter beginnt, das mit vaterländischem Unterricht, einem Wehrschulgesetz, erweiterter Dienstpflicht, mit Junggesellensteuer und der Privilegierung vaterländischer Verbände den deutschen Staatsbürger vom ersten bis zum letzten Atemzuge zum Soldaten und Erzeuger künftiger Soldaten preßt, — jawohl, Seine Exzellenz General Ludendorff, der Deutschland zu einer einzigen großen Kaserne, die deutsche Wirtschaft zum Lieferanten und das Volk zu Zwangsbewohnern dieser großen Kaserne machen wollte, und der für ein solches „größeres Vaterland“ 1 800 000 Menschen in den Tod geschickt hat, ist nervös geworden und spielt mit einem Blatt Papier. Er blickt hilflos in die Runde und bleibt an dem Gesicht, an den wasserblauen Augen des Staatssekretärs Scheidemann hängen.

Scheidemann, mager, einen großen glänzenden Schädel, an den Schläfen Büschel grauen Haares. Er richtet sich auf: „Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man

glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heere verbessern würden...“

Scheidemann, die Sozialdemokratie, das letzte politische Kapital des kaiserlichen Deutschland, ist zugleich auch die letzte Hoffnung des Generals Ludendorff:

„Wird es Eurer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?“

Exzellenz Scheidemann antwortet:

„Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr, Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Waggons fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man wie vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man dies Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern.“

Wenn Scheidemann von den Massen spricht, redet er wie ein Sachverständiger und technischer Berater, der der Regierung anzugeben vermag, mit wieviel Druck man den Volkörper belasten kann, ohne eine Explosion befürchten zu müssen.

Doch diese Explosion scheint unvermeidbar:

Die Dauer des Krieges, der Abfall der Bundesgenossen, die sich steigende Not im Innern, die Transportkrise, die Ernährungsschwierigkeiten...

Das Heer hat nur noch Oel für anderthalb Monate. Admiral v. Scheer erklärt sich bereit, der Armee von den Oelvorräten der Marine, die noch Bestände für 8 Monate hat, abzugeben. Der Innenminister Drows erinnert bei dieser Gelegenheit an die Petroleumlampen der Zivilbevölkerung: „10 000 tons monatlich sind das Minimum, wenn man die Bevölkerung den Winter über leidlich ruhig halten will.“

Die Staatssekretäre sehen keinen Ausweg. Der einundsechzigjährige Vizekanzler v. Payer sitzt da mit zerknittertem Gesicht. Der Staatssekretär Gröber ist in sich zusammengesunken. Die Augen hinter den Brillengläsern starren müde auf denselben Punkt. Dr. Solf sieht immer wieder zu Ludendorff hinüber, der durch seine dringenden Waffenstillstandsbedingungen vor 14 Tagen das Kabinett in diese verzweifelte Lage gebracht hat und der heute plötzlich die Meinung vertritt, die Front vielleicht doch noch bis zum

Frühjahr halten zu können. Der Situationsbericht, den er gibt, widerspricht jedoch dieser Auffassung, vor allem aber läßt er keine kraftbewußte Beantwortung der demütigenden Note des Präsidenten Wilson zu. Die Debatte kehrt immer wieder zu der schlechten Stimmung im Heer und zu der verzweifelt Lage des Volkes zurück.

„Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab!“ wirft Unterstaatssekretär Haußmann ein.

Der Vizekanzler unterstützt ihn:

„Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, dann ist noch nicht alles verloren.“

Der Generalquartiermeister gibt sich einen Ruck:

„Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur, wie schaffen wirs? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk. Reißten Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun?“

Weitere Faktoren werden angeführt.

Der Chef der Operationsabteilung, Oberst Heye, liest Zahlen vor, aus denen die zusammengeschmolzenen Kopfstärken der an der Westfront kämpfenden Divisionen und die ständig wachsende Ueberlegenheit der Gegner ersichtlich werden.

General Ludendorff führt dagegen an, daß die Kriegsmüdigkeit in Frankreich und in den Ententeländern ebenfalls im Wachsen begriffen sei.

„Kann das Heer dem Feind noch widerstehen, oder müssen wir die Bedingungen Wilsons annehmen? Das ist die Frage, die wir zu klären haben!“

Prinz Max übergibt dem Vizekanzler den Vorsitz und verläßt die Sitzung. Scheidemann sieht dem Prinzen nach und wechselt einen verständnisvollen Blick mit dem Staatssekretär Haußmann, der der Prinz geht sich Rat holen bei seinem Privatsekretär Hahn, den er nach Berlin mitbrachte, und der ohne offizielle Stellung im Kabinett keinen Zutritt zu den Sitzungen hat.

(Fortsetzung folgt.)

Der Rundfunk wird nationalsozialisiert.

Reichsinnenminister Freiherr von GAYL hat im Einvernehmen mit dem Reichspostminister bestimmt: „Die Reichsregierung behält sich vor, den Deutschen Rundfunk fähig eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschlandsender ausgehen und von allen anderen deutschen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18.30 und 19.30 Uhr in Frage. Mit der Durchführung ist die „Dradag“ beauftragt worden.“

Der Rundfunk ist in der Hand eines kapitalistischen Staates eine der wichtigsten Waffen zur Verbreitung einer den Interessen der herrschenden Klasse nützlichen Ideologie. Das geht schon zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß zwar die Kirchen ihre Morgenfeiern in Auflagen von Hunderten und Tausenden im Rundfunk zum besten geben können, daß aber die Freidenker fast völlig von der Benutzung des Rundfunks ausgeschaltet worden sind.

Das bevorstehende Gesetz über die Benutzung des Rundfunks durch die politischen Parteien wird auf gleicher Ebene liegen. HITLER und seine Lautsprecher werden ihre Geistesarmut in ellenlangen Tiraden von sich geben dürfen, während andere, etwa linke Parteien, wenn man sie überhaupt zuläßt, so schikaniert werden, daß die Beteiligung an dieser Einrichtung sehr fragwürdig wird.

Die Arbeiter unter den Rundfunkhörern sollten sich überlegen, ob es nicht besser ist, die ganze Einrichtung demonstrativ zu boykottieren. Vielleicht aber gibt es auch andere Mittel, der Regierung PAPEN und ihren Trabanten das Reden am Rundfunk sauer zu machen.

Die Hand des Herrn von Schleicher.

merkt man den Ankündigungen Herrn von GAYLS über die geplante Pressenotverordnung an: Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Reiches, vor allem der auswärtigen Interessen, und der Landesverteidigung durch Presseveröffentlichungen soll ein Verbotgrund sein. Im übrigen kündigt der Reichsinnenminister Milderungen der bisherigen Pressenotverordnung an. Warten wir ab, was daraus wird!

Parteiungruppierungen im Bürgertum sind im Gange. Am Dienstagabend soll in Berlin eine neue Partei aus Bestandteilen der Deutschen Volkspartei, der Volkskonservativen, der Wirtschaftspartei und des Landvolks gegründet werden. Der Landesverband Anhalt der Deutschen Volkspartei hat diese verlassen und eine Nationalliberale Partei gegründet. Eine Sozialliberale Partei hingegen ist in Essen gebildet worden. Kurz: „Es gibt noch gut gehende Unternehmungen.“ Wohin sie gehen? Vermutlich ins Nichts!

Chinesische Kommunisten klagen an!

Schl. Die kommunistische chinesische Zeitung „China Forum“, Schanghai, gibt anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Kuomintang-Herrschaft eine Sondernummer heraus, in der sie sich eingehend mit der Kuomintang auseinandersetzt. Selbst wenn man berücksichtigt, daß solche Darstellungen mit Vorsicht gelesen und weitergegeben werden müssen, so bleibt doch der Eindruck, daß die Unterdrückung des chinesischen Proletariats durch den Terror der Kuomintang kaum noch gesteigert werden kann.

Am 1. August 1930 erließ die Nanking-Regierung einen Geheimbefehl an die Behörden in Schanghai, in dem es u. a. heißt:

„Die an verschiedenen Orten festgenommenen Kommunisten sollen, falls es die Umstände irgend erlauben, sofort abgeurteilt werden und zwar nach Kriegsgesetz. Wenn der Hauptschuldige schon vor ein Gericht geschickt worden ist, so soll eine Sache sofort erledigt werden, um den Unruhen ein Ende zu machen.“

Die Zeitung fügt erläuternd hinzu: „Dieser Geheimbefehl, der in Schanghai sofort, später aber auch in anderen wichtigen Zentren, in Kraft trat, wurde nicht veröffentlicht, weil ‚sofort aburteilen‘ vor dem Kriegsgesetz für einen politisch Verdächtigen sofortige Hinrichtung bedeutet. Und nicht nur das: In diesen geheimen Gerichten wurde die Folter angewandt, um die Gefangenen dazu zu bringen, Namen, Adressen und Funktionen ihrer Genossen zu verraten.“

Dieser Polizeiterror der Kuomintang wird ergänzt durch sozialpolitische Maßnahmen, die eindeutig gegen die sozialistische Bauern- und Arbeiterbewegung gerichtet sind. Im Juli 1927 hatten die starken Bauernorganisationen eine Pachtkürzung von 25 Prozent erreicht, das bedeutete, daß die Pachtsumme ein Drittel der Haupternte nicht überschreiten sollte. Der Kuomintang-Regierung erschien das jedoch zu „kommunistisch“, und sie hob die entsprechenden Bestimmungen wieder auf mit der Begründung:

„Die Landbesitzer haben nicht die erwarteten Einnahmen gehabt, so daß sie ihre Steuern nicht bezahlen konnten. Wir müssen die Interessen der Landbesitzer vertreten, um die Steuereinnahmen nicht zu gefährden. . . . Alle Abmachungen über 25 Prozent Pachtkürzung müssen aufgehoben werden. Die Höhe der Pacht muß von Fall zu Fall zwischen Landbesitzer und Pächter persönlich geregelt werden.“

Und der damalige Chef des Büros für Innere Angelegenheiten gab dazu die tröstliche Erklärung ab:

„Das Problem der Pachtkürzung hat es vielen Landbesitzern unmöglich gemacht, mit ihren Pächtern zusammenzuarbeiten. Wirklich, die Pachtkürzung bedeutet eine negative Politik. Das Glück der Bauern liegt ganz sicher nicht in der negativen Politik, ihre Lasten zu verringern. . . . Wir sollten lieber mit der Pachtkürzung Schluß machen und die uns zur Verfügung stehenden Gelder für eine Produktionssteigerung verwenden. Das ist positive Politik. Außerdem

Die neue Notverordnung der Papen-Regierung.

Rpt. Berlin, 14. Juni.

HINDENBURG wird voraussichtlich noch heute die neue Notverordnung über den Ausgleich des Etats, die bereits fertiggestellt ist, unterschreiben. Obgleich sie bis jetzt ihrem genauen Wortlaut nach noch nicht bekanntgegeben worden ist, läßt sich doch auf Grund der bisher veröffentlichten Pläne schon folgendes dazu sagen:

Wie die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz mit Recht schreibt, enthält diese Notverordnung nicht nur eine Kopie der unter BRÜNING ins Auge gefaßten Maßnahmen, sondern eine außerordentliche Verschärfung.

Eine so starke Senkung der Unterstützungssätze hätte BRÜNING wohl kaum gewagt! Die Sätze der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsunterstützung werden weitgehend einander angeglichen. Dazu kommt die Kürzung der Renten von Kriegsbeschädigten. Von einer Kürzung der hohen Pensionen ist natürlich nicht die Rede! — Die Folge dieser Maßnahmen ist klar voraussehen: die Massenkaufkraft wird weiter gesenkt, auch die Nachfrage nach lebensnotwendigen Gütern, die sich noch einigermaßen gehalten hatte, wird zurückgehen.

Das Loch im Reichshaushalt wird also dadurch gestopft, daß das Loch in der Wirtschaft weiter aufgerissen wird.

Die Salzsteuer ist eine Kopfsteuer, die Herr von PAPEN und der ärmste Arbeitslose etwa in derselben Höhe zu zahlen haben. Auf den Kopf der Bevölkerung entfällt etwa eine Mark jährlich.

Der Fortfall der Umsatzsteuer-Freigrenze (bisher bei 5000 M Jahresumsatz) trifft gerade die kleinen und kleinsten Betriebe.

Die Arbeitslosenabgabe tritt teils an die Stelle der bisherigen Krisenlohnsteuer, deren Sätze dabei um 1½ Prozent des Lohnes erhöht werden. Teils ist sie eine Besteuerung der Beamtengehälter um ½ Prozent. — Dieselben Kreise, die dagegen nicht laut genug protestieren

konnten, daß Preußen, um die Finanzen seines Landes in Ordnung zu bringen, seine Beamtengehälter nicht voll auszahlt, — dieselben Kreise kürzen die Gehälter der Beamten nicht nur des Reiches, sondern auch von Ländern und Gemeinden, und zwar zu Gunsten der Reichskasse! Die Länder und Gemeinden müssen dieselben Gehälter zahlen; ihre Beamten bekommen sie aber nicht voll ausgezahlt; sondern das Reich wird seinerseits gewissermaßen zum Kostgänger der Länder und Gemeinden, denen es durch die neue Reichsverordnung erschwert wird, ihrerseits an Personalausgaben Ersparnisse zu machen.

Das einzig erkennbare Prinzip der Notverordnung ist die Belastung der Schwächsten. Das gilt für die einzelnen Menschen, denen hier eingelebt wird, daß der Staat unter der Regierung der Barone

kein Wohlfahrtsstaat für die Ausgebeuteten sondern nur für die Ausbeuter

ist. Das gilt aber auch für die verschiedenen öffentlichen Körperschaften: das Reich als der verfassungsmäßig stärkere Teil sorgt in erster Linie für sich und den Ausgleich seines Haushalts und nimmt dabei keine Rücksicht auf den Haushalt der Länder und Gemeinden.

Der „Tag“ kündigt die neue Notverordnung an mit der Schlagzeile: „BRÜNING'S Erbe erzwingt neue Steuern.“ Auch hier die Belastung der Schwächeren: Der davongejagten Regierung wird zur Last gelegt, was die neue Regierung an Unangenehmem verordnet.

Für die Arbeiterschaft kommt es allerdings auf eins heraus, ob nun BRÜNING oder PAPEN schuld ist an dem Inhalt der neuen Notverordnung. Vertreter des Kapitalismus und damit schuldig sind sie alle beide. Daß der Zweite reaktionärer ist als der Erste, das ist wahrlich kein Verdienst des Ersten. Sorgen wir dafür, daß sowohl PAPEN als auch BRÜNING so rasch wie möglich die richtige Quittung für ihre Tätigkeit erhalten.

Erich Wollenberg freigelassen.

Wir berichteten gestern über die näheren Umstände bei der Verhaftung des Redakteurs der „Roten Fahne“ ERICH WOLLENBERG, der angeblich „Material“ über das Bestehen einer Terrorzentrale bei sich gehabt haben soll, als er sich in einer Nazi-Versammlung am Wedding in der Diskussion zum Wort gemeldet hatte. Auf die Denunziation durch Herrn GOEBBELS wurde WOLLENBERG verhaftet, aber bald wieder freigelassen, weil sich herausstellte, daß gegen ihn kein hinreichendes Belastungsmaterial vorlag. Interessant war dabei, daß bei dem „Material“, das GOEBBELS der Polizei übergeben hat, ein Brief vom 3. Juni lag, während die fragliche Aktenfalsche dem Redakteur WOLLENBERG bereits am 2. Juni von NS gestohlen worden war. — Die Fälscher haben also offenbar keinen ordentlichen Kalender.

Ein Gespenst geht um . . .

v. Warschau, 14. Juni.

Vor dem hiesigen Strafgericht begann am Montag ein Prozeß gegen 16 Personen, die der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei beschuldigt werden. Die Hauptangeklagten sind Beamte des höchsten Gerichts in Warschau.

Die ersten Elternbeiratswahlen dieses Jahres

haben am Sonntag stattgefunden. Die ersten Ergebnisse, die wir im folgenden mitteilen, zeigen, wie sinnlos es war, gegenüber der christlich-unpolitischen Schulkrektion die Front der Arbeiterschaft und aller Freunde einer freien Schule noch zu zersplittern.

In Königsberg erhielt die christlich-unpolitische Liste 550 Sitze (480 vor zwei Jahren), Schulfortschritt (SPD) 100 (112) Sitze, Proletarischer Schulkampf (KPD) 64 (57) Sitze.

Die Elternbeiratswahlen ergaben an den evangelischen Volksschulen der Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz für die christlich-unpolitische Liste 1806 Sitze, für die christlich-nationale Liste 98 Sitze, für die sozialistische Liste Schulfortschritt 273, für die kommunistische Liste Proletarischer Schulkampf 16 Sitze.

In Schleswig-Holstein, Oberschlesien und im Regierungsbezirk Münster wird am 19. Juni, in allen anderen Bezirken am 26. Juni gewählt werden.

Zum Ausgleich des 100-Millionen-Loches im preußischen Haushalt dient zunächst die neue preußische Notverordnung. Von ihr erwartet man eine Deckung von 76 Millionen des Fehlbetrages. Die übrigen 24 Millionen sollen durch Einsparungen gedeckt werden, die erst noch ausfindig gemacht werden müssen.

Die Anmeldungen von öffentlichen politischen Versammlungen und Lastkraftwagenfahrten von Mitgliedern politischer Vereine und die Genehmigung politischer Plakate und Flugblätter erfolgen in Zukunft bis auf weiteres in Preußen gebührenfrei.

Vier Tote und vier verletzte Soldaten; das ist das Ergebnis des Unglücks eines Reichswehr-Kraftwagens, der am Sonntag in Schleiz (Thüringen) gegen einen Baum fuhr.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Neukölln: Mittwoch, 15. Juni, 20 Uhr, im Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Essen: Donnerstag, den 16. Juni, 20 Uhr, bei Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Was steht bei der kommenden Reichstagswahl auf dem Spiel? Ist ein geschlossenes Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Reaktion möglich?

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 15. Juni, 20.15 Uhr, im Volksbildungsheim. Redner: Genosse Lehnert, München. Thema: Schleicher — Hitler — Thälmann. Vom Faschismus zum Sozialismus?

Köln-Dellbrück: Mittwoch, den 15. Juni, 20.15 Uhr, im Dellbrücker Hof, Lokal Riuke, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch, den 15. Juni, 20 Uhr, im Lokal P. Bleck, früher Lichteck, Knochenhauerufer 27/28. Thema: Nationalisten und Faschisten auf dem Marsch! Wo steht es um die Abwehrfront? Redner: Walter Probst, Braunschweig. Eintritt: 20 Pfennig. Erwerbslose: 10 Pfennig.

Internationale Verständigung — eine Aufgabe der Arbeiterschaft.

Diplomaten drücken sich vor Entscheidungen.

Die sehr eingehenden Besprechungen, die MACDONALD und HERRIOT am Sonnabend und Sonntag in Paris geführt haben, waren für die beiden offenbar nur eine Gelegenheit, Fühler auszustrecken und die Lage mit Rücksicht auf die eigenen Pläne zu sondieren. Ueber die Aussichten, die sich dabei ergeben haben, schweigen die Beteiligten bisher. Das amtliche Kommuniké und die Mitteilungen, die HERRIOT und MACDONALD von sich aus der Presse gemacht haben, sind nur Zeichen der Kunst, bei anscheinender Bereitschaft zur Benachrichtigung nichts zu sagen.

Die amtliche Mitteilung: „... Diese offiziellen und freundschaftlichen Besprechungen haben zu einer Uebereinstimmung geführt, die eine gerechte und wirksame Lösung für die Lausanner Konferenz und die Wiederherstellung des Vertrauens . . . unter den Völkern voraussehen lassen.“

MACDONALD: „... Wir haben festgestellt, daß unsere Gedanken in derselben Richtung verlaufen. . . Wir wollen eine Lösung, die sowohl gut als auch praktisch ist. . . Wir sind fest entschlossen, alles zu tun, eine Lösung herbeizuführen, die den größten Teil der wirtschaftlichen Unordnung verschwinden läßt.“

HERRIOT versichert, er und sein englischer Kollege hätten langsam und ruhig alle Fragen geprüft, die augenblicklich im Vordergrund des internationalen Interesses ständen. „Wir sind in einer schwierigen Periode, die von den verantwortlichen Männern Arbeit und Kaltblütigkeit verlangt. Engländer und Franzosen sind von dieser Idee durchdrungen.“

Kurz: Zurückhaltung auf der ganzen Linie. In der Presse laichen Gerüchte über Pläne und Vorschläge auf, die angeblich erörtert worden sind, ohne daß ein endgültiger Entschluß gefaßt worden wäre. Offenbar haben die Engländer, die als Endziel eine völlige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden anstreben, vorgefühlt, durch welche Zugeständnisse sie in französischen Kreisen Gogenliebe für ihre Vorschläge finden können.

Der Pariser Berichterstatler der „Frankfurter Zeitung“ der vor und nach der Besprechung in ellenlangen Telegrammen seiner Zeitung und deren Lesern die Hoffnung stärken will, faßt zu guter Letzt sein Urteil über die Aussprache in die Worte zusammen, daß sie anscheinend (!) keinen der wenigen Wege, die weiterführen könnten, endgültig versperrt habe. „Und das will schon viel sagen.“

Deutsche Nationalisten spielen mit dem Krieg.

Die aus Deutschland kommenden Nachrichten sind allerdings nicht dazu angetan, die französische Regierung zu einem großzügigen Vorgehen in Genf und Lausanne zu ermuntern. Sie läuscht auf die monarchistischen und militaristischen Töne, die aus Deutschland herüberklingen. Die Rede VON GAYL hat in dem HERRIOT nahestehenden Blatt „L'ère nouvelle“ einen mißtrauischen und mahnenden Widerhall gefunden:

„Wahrhaftig, diese Minister, die die Notwendigkeit der Monarchie in Deutschland proklamieren, sind merkwürdige Vertreter der Weimarer Verfassung! So spitzfindig auch die Sprache ihres Wortführers, des Herrn VON GAYL, ist, so kann man doch die vorige Rede des Reichsministers des Inneren dahin zusammenfassen: Die Regierung VON PAPAN ist der Ueberzeugung, daß für Deutschland nur das monarchistische System in Frage kommt. . .“

Man soll uns nur nicht mit dem Einwand kommen, Herr VON PAPAN toleriere ja bis jetzt die republikanische Verfassung. Für ihn und seine Kollegen ist diese Verfassung nur provisorisch. . .“

Der Lärm der Kirchenglocken.

Im Göttinger „Tageblatt“ (einem Nazi-Organ) finden wir folgenden Protest gegen den mit Recht zu beanstandenden Radau, den die Kirchen ungestört und fortwährend ausüben dürfen. Da die Zeitung nicht kirchenfeindlich ist, kann die Kirche ermeszen, wie störend ihre Bimmel Menschen erscheinen muß, die die Kirche überhaupt für schädlich halten.

„Aber ein Geräusch gibt es, das ohne jede Einschränkung, erbarmungslos, endlos und ganz überflüssigerweise durch die Stadt dröhnt — das ist der Lärm, den die Kirche verursacht. Das Geläute hat ursprünglich dazu gedient, die Mitglieder der Gemeinde, die keine Uhren hatten, zum Gottesdienst zu rufen. Heute gibt es wohl nur sehr wenige Menschen, die nicht in der Lage wären, ohne das Geläute die Zeit festzustellen. Ich gebe zu, es ist eine alte und liebe Gewohnheit und stimmt feierlich, daß am Sonntag vor und nach dem Gottesdienst die Glocken zehn Minuten läuten. Aber wäre es damit nicht genug? Müssen sie auch an Wochentagen zu festgesetzten Zeiten stundenlang läuten ohne jeden Sinn und Zweck, ohne daß irgend ein Mensch darauf achtet, oder sich in seinen Unternehmungen danach richtet? Der afrikanische Eingeborene trommelt, um die Aufmerksamkeit seines Gottes zu erregen. Sollte bei uns wirklich noch ein ähnlicher primitiver Trieb vorliegen? Heute läutete die Kirche, die nicht drei Minuten von meiner Wohnung entfernt liegt, vormittags eine volle Stunde, mit einer ganz kurzen Pause. Wahrscheinlich handelte es sich um zwei Beerdigungen. Dann aber befanden sich die Leidtragenden auf dem weit entfernten Kirchhof, wo sie das Geläute kaum mehr wahrnehmen konnten. Wenn es wirklich Leute gibt, die glauben durch dieses Getöse ihre Toten zu ehren oder selbst getröstet zu werden, genügt dazu nicht zehn Minuten statt einer halben Stunde? Auf dem Dorf meldet das Geläute eine Feuersbrunst. In der Stadt hat das längst aufgehört, man bedient sich zweckmäßiger des elektrischen Feuermelders. Auf dem Dorf hat das Totenglockchen einen Sinn, die Dorfbewohner erfahren den Todesfall lange ehe die Zeitung ins Dorf kommt und wissen in den meisten Fällen, um wen es sich handelt. In der Stadt kann jemand im Nebenhause sterben, ohne daß man ihn kennt, ohne daß es einen im gering-

1918 und 1919 herrschte in Amerika, England und Frankreich die Auffassung, daß das kaiserlich gesinnte Deutschland für Europa und für die Welt eine dauernde Kriegsgefahr bedeute. Seitdem hätten sich die HOHENZOLLERN geändert. Das scheint wirklich nicht der Fall zu sein; denn in derselben Stunde, in der Herr VON GAYL seine Rede hält, sehen wir, daß der, der sich immer noch „Seine Majestät Kaiser und König“ nennt, an die Matrosen der Goeben einen Kriegsauftrag erläßt, der mit dem Satz schließt: „Mit Gott voran für die Ehre und die Waffen!“

Man muß einmal wirklich klar sehen. Das offizielle Deutschland hat keine Achtung mehr vor seiner Verfassung und vor den Verträgen. Das alles sind nur Fetzen Papier, die im Moment Illusionen erwecken, die man aber sehr schnell zerreißen wird.“

Wie zur Bestätigung dieses Verdachts häufen sich gerade in diesen Tagen vor den großen Internationalen Aussprachen in Genf und Lausanne die Stimmen aus Deutschland, die nach Aufrüstung für Deutschland schreien, nach „Gleichberechtigung“, das gleiche Maß an Tollheit aufbieten zu dürfen, wie die anderen.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere — die bekanntlich in Deutschland heute die Politik bestimmen — hat der deutschen Delegation in Genf ein Schreiben übersandt, mit der Erklärung: „Da nach den bisherigen Verhandlungen in Genf mit Sicherheit zu erwarten steht, daß die Abrüstungskonferenz in Genf völlig ergebnislos verläuft, so ist damit für Deutschland die an sich schon längst gegebenen Lage zum selbstverständlichen Zwang geworden, im Interesse seiner eigenen Sicherheit und seines Lebens als selbständiger Staat seinerseits die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages für gegenstandslos zu erklären, weil die andern Vertragsmächte diesen Vertrag durch Nichtabrüstung und Nichterfüllung ihrer übernommenen Verpflichtungen gebrochen haben.“

Die gleichen Töne werden von deutschen Akademikern angeschlagen. Den Abschluß einer „Akademischen Woche“, veranstaltet vom Amt für politische Bildung der Deutschen Studentenschaft und dem Akademischen Wissenschaftlichen Kreisamt Berlin, bildete der Vortrag eines Oberstleutnants über die deutsche Wehrlage, der in der unzweideutigen Aufforderung gipfelte,

„unsere Führer sollten den Mut zu Entschlüssen finden, die eventuell auch abseits von Genf lägen.“

Im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung führte der Aeroklub von Deutschland am vergangenen Sonntag auf dem Berliner Flugplatz eine Pantomime auf: „Bomben auf Berlin“. Ein zu diesem Zweck aufgebautes Dorf wurde von sechs Flugzeugen angegriffen und mit Bomben belegt. Die Telegraphen-Union erläuterte dieses Schauspiel durch die aufschlußreichen Worte: „Damit sollten die Zuschauer darauf hingewiesen werden, in welcher Gefahr das wehrlose Deutschland gegenüber seinen schwerbewaffneten Nachbarn schwebt. Der Zweck auch dieser Veranstaltung dürfte durch die wirkungsvolle Pantomime erreicht worden sein.“

Das Ergebnis solcher Aufrufe und solcher Kriegsspielereien ist die Steigerung der Kriegspsychose in Deutschland, die systematische Verhinderung der deutsch-französischen Verständigung und das immer ungehemmtere Vordringen der deutschen Bürgerkriegsbanden, deren Schußwaffen und Totschläger für die deutsche Arbeiterschaft eine weit größere und akutere Gefahr sind als die französische Luftflotte oder das polnische Heer.

Französische Gewerkschaften für Streichung der Reparationen.

Englische und französische Staatsmänner lavieren in ihren Verhandlungen, ohne voranzukommen, deutsche Militäristen verbauen die Wege zu einer Politik der internatio-

nen Verständigung. Die Arbeiterschaft ist das Opfer der von allen Seiten geltend gemachten nationalistischen Vorurteile: Denn der Kampf ums Recht, der in der heutigen Klassengesellschaft vor allem der Kampf um ihr Recht ist, wird durch nichts so sehr sabotiert wie dadurch, daß angebliche Gegensätze zwischen den Nationen hervorgekehrt und unterstrichen werden, damit die rechtlich belangvollen Gegensätze zwischen den Klassen der Gesellschaft um so leichter hinter dem Schild der „Volksgemeinschaft“ verborgen und unangetastet weiterbestehen können.

Angesichts dieser Gefahr kommt es darauf an, auf jede Stimme zu hören, die aus Arbeiterkreisen kommt und für internationale Zusammenarbeit spricht. Solche Stimmen werden laut, und zwar gerade in Frankreich.

Der „Peuple“, die Tageszeitung der französischen freien Gewerkschaften, schreibt am Tage vor den Pariser Verhandlungen:

„Soll man, wie es der Vorschlag der französischen Regierung vorsieht, bei einer nur provisorischen Regelung stehen bleiben, d. h. bei einer Verlängerung des Moratoriums? . . . In diesem Fall bedeutet eine provisorische Lösung den Verzicht auf eine Lösung überhaupt. . .“

Wir glauben nicht, daß die Haltung der Vereinigten Staaten ein ernsthaftes Hindernis (für eine endgültige Regelung) sein kann: im Augenblick, wo die Campagno in Europa eröffnet wird, müßte sich die offizielle Haltung dieses Landes von Grund auf ändern. . .“

Der ‚Federstrich‘ ist das einzige Mittel, aus einer Situation herauszukommen, die Europa fast kaputt macht —

man kann im übrigen von den Reparationen denken, was man will.“

In ähnlicher Weise äußert sich der Internationale Gewerkschaftsbund auf seiner Berliner Vorstandssitzung. In einer dort angenommenen Entschliessung heißt es:

„Der Internationale Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, daß es im Interesse des wirtschaftlichen wie politischen Friedens nur eine vernünftige Lösung gibt: Unter das Reparationsproblem muß der Schlußstrich gesetzt werden! Wenn jedoch die politischen Verhältnisse diese Endregelung ohne neue Verzögerungen nicht gestatten, so muß die Lausanner Konferenz wenigstens zu einem allgemeinen Moratorium von mindestens zehn Jahren gelangen, das die Möglichkeit schafft, die internationale Solidarität der Völker wiederherzustellen und an Stelle des Wirtschaftskrieges die Zusammenarbeit zu setzen, die allein den gemeinsamen Wiederaufbau der Weltwirtschaft ermöglichen kann.“

Die Arbeiterschaft hat die Last des Weltkriegs getragen; auf ihren Schultern liegt der Hauptdruck der Wirtschaftskrise. Um so mehr ist es ihre Sache, die Folgen des Weltkriegs zu liquidieren. Die zitierten Aeußerungen des „Peuple“ und des IGB zeigen, wie die Sache angefaßt werden sollte. Gegen die Zahlungen protestieren können am besten die, die etwas zu bekommen haben — die französischen Genossen also. Die deutschen Genossen aber sollten nicht so sehr gegen die „Tribut“-Zahlungen wettern, die Deutschland an Frankreich zu zahlen hat, sondern dagegen, daß in Deutschland Zustände herrschen, in denen der größte Wunsch der Regierung darauf gerichtet ist, an Rüstungen nicht hinter anderen zurückzustehen, d. h. das Geld der Staatsbürger zu verpulvern. Denn darüber müssen sich Sozialisten klar sein: Einer kapitalistischen Regierung gegenüber gilt in bezug auf Rüstungen das alte Kampfwort:

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!
Bei einer solchen Verteilung der Kräfte: d. h. bei einem Kampf gegen den Nationalismus im eigenen, und damit auch schließlich in allen Ländern wird der Krieg schließlich liquidiert werden.
Grete Hermann.

sten angeht. Warum also nicht auch diesen Zopf abstellen, der wirklich eine große Belästigung der Umwohner bedeutet? Auch solcher, die gerade keine Gehirnerschütterung haben, aber doch Feinde der Lärmseuche sind.“

Tierhandel und Tierschinderei.

„Der Tierhandel schlechthin ist eine endlose Kette von Schwierigkeiten“. Welche Kette unsagbarer Grausamkeit er aber darstellt, erzählt uns der große „Tierfreund“, Tierhändler und Dresser HAGENBECK. In seinem Buche: „Von Tieren und Menschen“ lesen wir:

„Der Fang der jüngeren Tiere durch Schwertjäger geschieht hauptsächlich in der Weise, daß die Herden so lange gehetzt werden, bis die schwächeren Jungen vor Mattigkeit zurückbleiben und sich von der Herde isolieren. Bei Giraffen und Antilopen ist die Jagdart ohne Gefahr, meistens auch bei Büffeln, da diese ihre Kälber schmächtig im Stiche lassen. Das begehrteste Wild, junge Elefanten und Rhinocerosse, ist auch am schwierigsten zu erjagen. Diese Dickhäuter vorteligen ihre Jungen hartnäckig, und häufig kann man ihrer nur dadurch habhaft werden, daß man die Alten tötet. Wenn die Mütter auf das Geschrei der Kleinen zurückkehrt und sich zu einem Kampfe auf Leben und Tod rüstet, wird ihr Tod zu einer traurigen Notwendigkeit. . . . Die gefangenen Tiere werden mit aller Sorgfalt gepflegt. . . . Allein trotzdem geht ein großer Teil infolge der ausgestandenen Aufregung und Angst zu Grunde, ehe die Station wieder erreicht wird. Auf der Weiterreise geht wiederum eine Zahl der gefangenen Tiere ein, und in der Regel gelangt kaum die Hälfte nach Europa.“

Wie widersprüchlich und sonderbar gebärdet sich diese „Tierliebe“, und wie zweideutig offenbart sie sich auch im alltäglichen Leben und kehrt sich in ihr Gegenteil. Vögel sperrt man in kleine Käfige, Hunde und Katzen hält man in engen Wohnräumen, Tausende von Menschen belustigen sich in zoologischen Gärten und Zirkussen, und wenige sind unter ihnen, die bedenken, um welchen Preis an Tierleben und -leiden solche Einrichtungen entstehen konnten. Das Denken, ja selbst das soziale Gewissen macht bei den meisten Menschen halt, wenn es sich um die Beziehung zum Tier handelt.
H. R.

Nationalistische Unbildung an deutschen Bildungsanstalten.

M. H. Eine französische Studentin, die in Heidelberg studiert, schreibt in einem Briefe, in dem sie über ihre ersten Eindrücke berichtet: „Ich besuche hier die Universität und spreche viel mit Studenten. Ich habe auch mit Studenten über Politik gesprochen, es war nicht immer einfach. Es ist schrecklich, was sie über die Franzosen sagen. Ich sage nicht, daß Frankreich keine Fehler macht; ich sage auch nicht, daß es besser ist als Deutschland. Ich liebe Frankreich, weil ich französischen Geist verstehe, aber ich habe niemals so Schlechtes gegen Deutschland gesagt, wie hier die Studenten gegen Frankreich. Sie sagen zu mir, daß die französische Sprache nicht schön ist, daß sie unmusikalisch ist, daß der französische Geist nicht halb so gut ist wie der deutsche. Du wirst verstehen, daß mir das weh tut. Ich sage niemals, daß der deutsche Geist niedriger steht als der französische. Ich denke, daß die Studenten gar kein Taktgefühl haben. Ich verstehe wohl, daß sie Frankreich nicht lieben; aber sie sind doch ungerecht, wenn sie sagen: Frankreich hat überhaupt keinen Wert!“

Die Verhetzung und politische Unbildung unter den deutschen Studenten ist tatsächlich erschreckend groß. Das „Amt für politische Bildung“ der „Deutschen Studentenschaft“ bemüht sich nach Kräften, sie zu vermehren! Gemeinsam mit dem deutschen „Aeroklub“ und dem „Akademischen Wissenschaftlichen Kreisamt Berlin“ veranstaltet es z. B. zur Zeit in Berlin eine Akademische Woche, deren Eröffnungskundgebung am Sonntag abend deutlich machte, worin die „politische Bildung“ der Studenten bestehen soll: „die Annahme fremder Mächte“ zurückzuweisen, „sich für den Schutz der bedrohten Heimat bereitzuhalten“, den Schießsport zu pflegen, „der ein Volkssport werden müsse.“ Es ist bereits bezeichnend genug, daß das „wissenschaftliche Kreisamt“ seine wissenschaftliche Aufgabe darin erblickt, „einheitliche Richtlinien für eine wehrpolitische Schulung zu schaffen!“

Diese Jugend steht bereit, jedes kriegerische Abenteuer der Generale zu unterstützen, gleich ob gegen Frankreich oder gegen Rußland!

Das Krisenprogramm des französischen Gewerkschaftsbundes.

Die Leitung der Confédération Générale de Travail, der französischen Sektion der Amsterdamer (jetzt Berliner) Gewerkschaftsinternationale hat am 9. Juni 1932 ein Programm zur Bekämpfung der Krise veröffentlicht, das viele interessante Forderungen enthält.

Gemäß dieser Veröffentlichung ist die CGT der Ansicht, daß die Weltwirtschaftskrise in einem Mangel der Anpassung zwischen Produktion und Konsumtion besteht, der hauptsächlich auf dem wachsenden Elend der Massen beruht.

Gegenüber dieser Tatsache, so wird weiter ausgeführt, kann man zweierlei Haltung einnehmen: entweder kann man darauf rechnen, daß sich die Wirtschaft auf die Dauer von selber wieder einrenkt, oder man kann durch besondere Maßnahmen die Krise überwinden. Die CGT entscheidet sich für das Zweite. Diese Maßnahmen können nun wiederum von zweierlei Art sein: Man kann zur Überwindung der Krise entweder die Produktion auf das Maß der Konsumtion zurückführen oder umgekehrt die Konsumtion auf das Niveau der Produktion hinaufschieben. Die CGT warnt vor den Versuchen der ersten Art, wozu sie auch die Verringerung der Produktion durch Verminderung der Kaufkraft der Massen auf Grund von Lohnkürzungen rechnet, und verspricht, eine Reihe von

Maßnahmen zur Hebung der Konsumtion anzugeben. Vorweg fügt sie noch ein, daß man von diesen Maßnahmen nicht eine endgültige und völlige Beseitigung des Unrechts in der Wirtschaft erwarten darf, die nur durch eine radikale Veränderung des Systems möglich ist, daß aber eine Verringerung des Elends und des Unrechts auch im Rahmen des herrschenden Systems möglich sei.

So weit, so gut. Wenn man bis dahin gelesen hat, blickt man mit Interesse den Vorschlägen entgegen, die nun folgen sollen.

Diese Vorschläge werden wiederum mit einer Mahnung eingeleitet: Man solle sich davor hüten, zu meinen, die Krise lasse sich anders als durch internationale Maßnahmen überwinden. Denn gerade in Frankreich habe sich die Krise von den Exportindustrien aus, die unter der Krise auf anderen Märkten leiden, nach und nach auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt. Der Krisenherd liege also nicht in Frankreich; man könne also die Krise nicht durch Maßnahmen bekämpfen, die zur Isolierung Frankreichs von den übrigen Ländern führen. Also Stellungnahme

gegen Zölle und Kontingente! Auch hier stimmen wir im allgemeinen noch zu. Aber was soll denn nun getan werden? Man soll internationale Vereinbarungen treffen, Handel und Industrie international organisieren, kurz, Planwirtschaft treiben, sagt die CGT. Leider wird uns an dieser Stelle nicht verraten, wie vermieden werden soll, daß diese internationalen Vereinbarungen zu eben den

Einschränkungen der Produktion führen, wie die, vor denen die CGT zu Anfang ihrer Entschliebung mit Recht gewarnt hat. Noch mehr: Sie rechnet selber mit solchen Einschränkungen; denn ihr Programm fordert dann sogleich Maßnahmen, die verhindern sollen, daß diese internationalen Vereinbarungen nur dazu dienen, die Profite der Unternehmer zu sichern. Als solche Maßnahme kommt die

Verkürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung der alten Löhne in Frage. Unter Beibehaltung der Löhne; denn man will ja auf jeden Fall verhindern, daß die Massenkaufkraft verringert wird.

Im Gegenteil, man will sie vergrößern. Dazu will man auf einem indirekten Wege gelangen, den wir hier ausführlicher erklären müssen. Die Wirtschaftskrise hat es mit sich gebracht, daß viele Menschen ihr Geld hamstern, statt damit Nachfrage zu halten oder es zu verleihen. Man muß also dafür sorgen, daß dieses Geld wieder hervorgehoben wird, dann gibt es wieder mehr Beschäftigung, und die Kaufkraft der Lohnempfänger steigt. Wie soll man nun dieses Geld hervorlocken? Man muß verhindern, daß Weltmarktpreise weiter fallen, und, um das zu erreichen, soll man sich nach Ansicht der CGT an allen wirtschaftlichen und finanziellen Konferenzen und Abmachungen beteiligen, die auf

Preisstabilisierung abzielen. An dieser Stelle ist man nun geneigt, gegen den Plan der CGT einzuwenden, daß, da doch internationale Abmachungen über Produktion, Handel, Preisstabilisierung auf eine Hochhaltung der Preise abzielen, die Kaufkraft der Massen doch nicht in dem Maße gehoben wird, wie es ohne solche Abmachungen vielleicht möglich wäre. Wir erfahren aber, daß die CGT fordert, solche Verträge und Stabilisierungsversuche dürften unter gar keinen Umständen zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Frankreich führen, so daß jedenfalls nicht von der Seite der Preisbildung her die Massenkaufkraft wieder verringert wird.

Man stellte sich also eine **schwere Aufgabe:** Man will internationale Kartelle schaffen und die dadurch verursachte Produktionseinschränkung durch Verringerung der Arbeitszeit den Arbeitern zu Gute kommen lassen, die nichts an Lohn verlieren sollen. Man will zu gleicher Zeit verhindern, daß die Produktionseinschränkungen Preissteigerungen mit sich bringen, wenn man auch eine Stabilisierung der Preise erreichen möchte. Leider erfahren wir nicht, welche wirtschaftlichen Mittel und welche politischen Machtmittel die CGT für dieses überbestimmte Programm einzusetzen vorschlägt. Das aber hätte man gerade bei der Häufung von nur schwer mit einander zu vereinbarenden Maßnahmen gern gewußt. An welches Interesse der Unternehmer will man sich z. B. wenden, um sie für solche internationalen Verträge zu gewinnen, an denen sie weder durch verstärkte Ausbeutung von Arbeitern noch von Konsumenten etwas gewinnen sollen? Es sei denn, daß die Unternehmer verhindern wollen, daß die Preise noch weiter fallen. Dann aber wird wirklich durch die Preisverabredung verhindert, daß die Massenkaufkraft so sehr zunimmt, wie es ohne diese der Fall wäre. Oder hofft die CGT, daß die Regierungen der verschiedenen Länder entweder aus gutem Willen oder unter dem Druck der Arbeiterschaft internationale Verabredungen treffen werden, die die gewünschten Vorteile für Arbeiter und Konsumenten mit sich bringen? Solcher Optimismus scheint vorläufig wenig angebracht.

Ist es nicht unter diesen Umständen weit besser, unmittelbar die Verkürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung der alten Löhne, die Hebung der Massenkaufkraft, den Kampf

gegen das Geldhamstern zu fördern, ohne sich lange auf den Umweg der internationalen Planwirtschaft einzulassen, für die man sich nur auf Grund eines durch nichts gerechtfertigten Vorurteils gegen die Konkurrenzwirtschaft (Marktwirtschaft) entscheidet?

Schließlich ist hinzuzufügen, daß die CGT zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und des Geldhamsterns die **Durchführung eines nationalen und internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms**

in großem Stile fordert, von dem sie sich (z. B. durch Arbeiten in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten) die Schaffung von neuen Absatzzentren für die Industrie verspricht. Hier kommt alles auf die Auswahl der zu leistenden Arbeiten an: Siedlungsarbeit in Ostdeutschland stellt sicher

eine Arbeit dar, die die gewünschten Ergebnisse hat. Leider erfahren wir über diese Pläne nichts Genaueres.

Auch vermissen wir eine klare Stellungnahme zur Frage der Schulden und Reparationen; ein Hinweis darauf, daß die Schuldentilgung ein Hindernis für die Weltwirtschaft darstellen, besonders da man immer vergesse, daß letzten Endes jede Zahlung in Waren vor sich geht, — so richtig dieser Hinweis sein mag — genügt nicht.

Doch diese Mängel wiegen bei weitem nicht so schwer wie der

kollektivistische Pferdefuß der internationalen Planwirtschaft, ohne den das Programm einen weit vertrauenerweckenderen Eindruck gemacht hätte. Gerhard Kumbelen (Paris).

„Die Deutsche Siedlung 1932.“

Unter diesem anspruchsvollen Titel ist im Verlag der Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen in Münster ein Buch von 260 Seiten erschienen: eine Sammlung von Referaten, die am 26. und 27. Februar 1932, auf einer „Westdeutschen Siedlungstagung“ gehalten wurden.

Der Zweck dieser Tagung war, „den Stand und die Ziele der (Siedlungs-) Bewegung im gegenwärtigen Moment herauszustellen“. Die Einstellung der Redner ist typisch bürgerlich. Nach den Worten des Leiters der Tagung, Professor BRUCK sollte „ein inmitten der Tagespolitik stehender Gegenstand unter *neutraler akademischer* Beleuchtung seine Behandlung finden“. Die Art der Behandlung ist im übelsten Sinne „akademisch“. Es wird um die Probleme herumgeredet; wahrhafte Eiertänze werden zum Beispiel aufgeführt, um die wirklichen Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise und die immer tiefer werdende Kluft zwischen den Klassen nicht sehen und zugeben zu müssen. Die unglaublichesten Möglichkeiten und Theorien werden an den Haaren herbeigezogen, um für die Deutung der Krise Verwendung zu finden; nur die wichtigsten Erklärungsgründe werden — *übergangen!* Selbstverständlich, daß unter diesen Umständen

von Krebschaden der Zölle und des Großgrundbesitzes keine Rede

ist. Ein Buch über Siedlung wird schon dadurch fast völlig entwertet. Die Verfasser empfehlen sich dadurch der heutigen

Junker-Regierung als Mitarbeiter; darum wollen wir auf das Buch hier verhältnismäßig ausführlich eingehen.

Oft muß man zwischen den Zeilen lesen. Das Liebäugeln mit dem Faschismus und faschistischen Gedankengängen ist mehr oder weniger offen. An zwei Stellen tritt es deutlich zu Tage: So, wenn auf Seite 148 Rechtsanwalt Dr. PHILIPP, der Justitiar der Deutschen Stahlwerke A.G. Dortmund (!), auf den „freiwilligen Arbeitsdienst“ zu sprechen kommt und feststellt, daß die Worte „ein Widerspruch in sich“ seien und daß

„eine Arbeitsdienstarmee nötig sei, die dann ähnlich wirken könne, wie „die alte deutsche Armee“, die das „Aufsaugen von ungefähr 600 000 Arbeitslosen“ bewirkt habe.

Und an anderer Stelle (Seite 128) fordert Professor KNIPPING, von der technischen Hochschule in Darmstadt, daß die Herstellungskosten für Siedlungsbauten dadurch gesenkt werden, daß „von Reichs wegen“ die „stark überhöhten“ Löhne im Baugewerbe an das „allgemeine Lohnniveau angenähert“ werden. Man sieht schon, wohin der Kurs geht. Dabei sehen diese Bürger nicht, daß solche Maßnahmen durch weitere Verknappung der Kaufkraft krisenverschärfend wirken müssen, während andererseits die Siedlung doch — auch nach Ansicht einiger Redner — gerade zum entgegengesetzten Zwecke eingesetzt wird. Bestenfalls wird also ein Loch gestopft, in dem ein anderes aufgerissen wird.

Wie Arbeiterfeinde siedeln wollen.

Uebel klingen auch die Ermahnungen zur Herabsetzung der Lebensansprüche der Arbeiter, die als „verwöhnte“ Städter aufs Land wollen, aus dem Munde von Leuten, von denen so viel wenigstens feststeht, daß sie die praktischen Siedlungsversuche nicht machen werden. Das sieht alles sehr nach „grünem Tisch“ aus; so auch, wenn die Rede davon ist (Seite 146), daß der Landmensch an die Einsamkeit gewöhnt sein müsse. Das ist keineswegs richtig. Im Gegenteil bietet gerade der **genossenschaftliche Zusammenschluß** die größeren Aussichten für den Siedlungserfolg, wie nicht nur das Beispiel Dänemarks beweist. Mit allen Mitteln muß sogar verhindert werden, daß der siedelnde Arbeiter — gleich ob Vollerwerbs- oder Nebenerwerbs- und Stadtrandsiedler — seinen gewerkschaftlichen oder anderen Kampforganisationen entfremdet oder der auf dem Lande aufgewachsene Arbeiter von seiner Organisation ferngehalten wird. Das wäre dieselbe faschistische Praxis, wie sie etwa die Psychologen MOEDE, HORNEFFER und das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (DINTA) in Düsseldorf bewußt pflegen, um die Proletarier von der Organisation abzuhalten.

Die eigentlichen Ziele dieser Art von Siedlungsbewegung werden offenbar durch Eingeständnisse wie das folgende: Die Siedlung ist allmählich Volkssache geworden (zweifelloso eine starke Übertreibung, R. H.), es kommt nun darauf an, die Führung zu behalten und die Bewegung „geordnet zu lenken“ (Seite 208). Das kann wohl nicht anders verstanden werden, als daß den Siedlungsbestrebungen alle etwaigen sozialistischen Giftzähne ausgebrochen werden sollen. Auf Seite 143 wird ebenfalls die

Angst vor „schlimmeren Ereignissen“ deutlich, die durch das Notverhältnis der Siedlung gebannt werden sollen.

Dabei ist das bisher Erreichte peinlich wenig im Vergleich zu dem Aufwand an Worten, Versprechungen und Propaganda, wie die meisten Referenten selber zugeben: „Um diese 18 000 oder 20 000 Stadtrandsiedlungen ist schon eine gewaltige Literatur entstanden. Es ist ein betrübliches Zeichen, daß ein Volk von 64 Millionen sich monatelang den Kopf zerbricht und einen großen Apparat aufziehen muß, um ganze 20 000 Stadtrandwohnungen zu errichten.“ (S. 147.)

Man sieht aus dem bereits Angeführten, daß das „kämpferische Mißtrauen“, mit dem wir Sozialisten an derartige Veröffentlichungen herangehen und herangehen müssen, durchaus gerechtfertigt ist. Doch trotz dieser Notwendigkeit der Vorsicht und der klaren Feststellung der ganz verschiedenen Ausgangspunkte beim Anpacken der Siedlungsprobleme, wäre es falsch, diese Arbeiten bürgerlicher Siedlungstheoretiker einfach außer Acht zu lassen. Es wäre falsch, auch dann, wenn die praktische Ausbeute für den Sozialisten gleich Null wäre. Man muß den Gegner kennen, um ihm wirksam begegnen zu können! Um so mehr, wenn er sich zunächst als gleichgerichteter Interessent zeigt und wenn man vielen aus seinen Reihen den subjektiv guten Willen nicht absprechen kann.

Die einzelnen Vorträge enthalten immerhin auch einiges Brauchbare, soweit es sich um reine Tatsachenaufstellungen und um Erfahrungen handelt, die unverfälscht sind.

Wir finden diese in den Abschnitten III (Stadtsiedlung — Stadtrandsiedlung) und IV (Halbländliche und ländliche Siedlung) und ganz besonders in den Ausführungen des Reichskommissars für die vorstädtische Kleinsiedlung, Regierungspräsident Dr. SAASSEN, Berlin. Dr. SAASSEN gibt einen Querschnitt durch die Problematik des praktischen Siedelns. Er zeigt, welche Bedeutung der richtigen Bodenwahl zukommt, der Aufschließung des Siedlungsgeländes und seines Anschlusses an Verkehrsnetz, Wasser- und Elektrizitätsversorgung; er umreißt die Anforderungen, die an den Siedler gestellt werden müssen (besonders die psychologische

Natur). Der einzelne Siedlungsinteressent, der selber siedeln und von allen staatlichen Hilfen Gebrauch machen möchte, die derzeit geboten werden, lernt hier den „amtlichen Standpunkt“ kennen und erfährt zuverlässig, was er im äußersten Falle erwarten darf und was nicht. Baupläne für ländliche Siedlungshäuser werden gezeigt und Angaben gemacht über notwendiges Mindestkapital für die Siedlungsgebäude (400 bis 500 Mark, wovon aus Reichmitteln bis zu 200 Mark zugesteuert werden) und die Mindestgröße des Siedlungsgrundstückes (bei Selbstversorgung: 4 Morgen).

Schließlich macht Dr. SAASSEN noch Angaben über die seines Erachtens notwendige Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 6 Stunden täglich (Seite 100).

Statt eines Lohnausgleiches soll in der Siedlung ein Ersatz für den Einkommensausfall geboten werden; in ihr kann ein Teil des Lebensmittelbedarfs vom Arbeiter selber erzeugt werden. Gleichzeitig soll auf diesem Wege der Arbeiter krisenfest gemacht werden (Seite 121).

Mehr als hier angedeutet wird man beim besten Willen in dem Buch mit dem vielversprechenden Titel nicht finden können. Auch das gebotene Tatsachenmaterial ist zum Teil infolge des Vortragscharakters der Ausführungen unvollständig.

Man wundert sich bei diesen mageren Ergebnissen eines großen Aufwandes, wober Menschen den Mut nehmen, in heutiger Zeit solche dicke Schwarten von immerhin 260 Seiten herauszugeben, angefüllt zu zwei Dritteln mit nichtssagenden und zu nichts verpflichtenden Redensarten.

Es ist dringend notwendig, einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen zwischen unserer Art der Behandlung der Siedlungsfragen im sozialistischen Sinne und jener sogenannten akademischen Art.

Siedlung ist an sich nur ein Mittel und kann als solches der schwersten Reaktion und dem Faschismus, oder dem Fortschritt im sozialistischen Sinne dienen.

Für uns kommt es darauf an, das Mittel Siedlung zu benutzen zur Zerschlagung des heutigen Bodenmonopols und damit zur Krisenbekämpfung und darüber hinaus zur Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaftsordnung.

Es ist an sich nicht ausgeschlossen, dafür aus kapitalistischer Siedlungspraxis etwas zu lernen. Zur Zeit kann man in Deutschland allerdings fast nur lernen, wie man es nicht machen soll; dafür ist das vorliegende Buch ein neuer Beleg. Rudi Hoell.

DEUTSCHLAND

Norddeutscher Lloyd: Laut Geschäftsbericht stehen Seedampfer nach der außerordentlich hohen Abschreibung von 85 Millionen Mark nur noch mit 219 Millionen Mark zu Buch (Abschreibung im Vorjahr: 22 Millionen Mark). Der gesamte Nordamerika-Verkehr ging im Jahre 1931 um 32 Prozent zurück; es gelang dem Norddeutschen Lloyd, seinen Anteil von 14,5 auf 17,2 Prozent zu erhöhen. — Wer trägt die Abschreibungsverluste?

Hamburg - Amerika - Linie: Laut Geschäftsbericht stehen Seedampfer nur noch mit 227 Millionen Mark zu Buch, nach einer ebenfalls außerordentlich hohen Abschreibung von 104 Millionen Mark (Abschreibung im Vorjahr: rund 22 Millionen Mark). — Wer trägt die Abschreibungsverluste?

Kunstseide: Die Vereinigten Glanzstoffabriken A. G. (Wuppertal-Elberfeld) haben im Geschäftsjahr 1931 ihren Absatz mengenmäßig gegenüber dem Vorjahr gesteigert.